



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

STANDPUNKT
KLIMA UND
ENERGIE



FÜR EIN EUROPA MIT GUTEM KLIMA UND NACHHALTIGER ENERGIEVERSORGUNG

Der Klimawandel wartet nicht auf schleichende Reformen - das demonstrieren Hitzewellen und Dürreperioden, auch in Europa. In den Jahren 2014 bis 2019 wurde die EU-Klimaschutzgesetzgebung erheblich verbessert und auf das Jahr 2030 ausgerichtet. Wir SPD-Europaabgeordnete haben direkt nach der Wahl im Mai 2014 ehrgeizige Ziele zur Minderung von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 gefordert. Das Ziel: die Emissionen der EU gegenüber dem Niveau von 1990 um 40 Prozent zu senken. Für uns hat das Pariser Klimaabkommen, ein Meilenstein der internationalen

Klimapolitik, auch bei künftigen politischen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Industriepolitik einen hohen Stellenwert. Dabei wollen wir den Wandel hin zu mehr Klimaschutz sozialverträglich gestalten und Brüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren verhindern. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie muss gewahrt, und gezielt klimaschonende Technologien gefördert werden. Für all diese Ziele brauchen wir politische Unterstützung weltweit - die Europäische Union muss für andere Regionen als Vorbild gelten.

HANDEL MIT CO₂-ZERTIFIKATEN VERBESSERN

Aus unserer Sicht ist der Handel mit Emissionszertifikaten das zentrale Instrument, um Klimagase zu reduzieren und klimaschonende Technologien zu fördern. Unternehmen müssen diese Zertifikate erwerben - bisher war der Markt allerdings von zu vielen Zertifikaten überflutet und deshalb die Wirksamkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, begrenzt.

Wir wollen den Emissionshandel wirksamer machen und haben uns dafür stark gemacht, dass der Überschuss an ungenutzten Zertifikaten im Markt stetig abgebaut wird. Der Preis pro Tonne CO₂ ist angehoben, damit haben wir den Anreiz für die Entwicklung und Nutzung von emissionsarmen Technologien gestärkt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben bei der Reform sowohl Klimaschutz als auch den Schutz von guten Arbeitsplätzen im Blick. Industrien wie die Stahl- und Chemiebranche, die im internationalen Wettbewerb stehen, werden auch bis 2030 einen großen Anteil der Zertifikate kostenfrei erhalten, um die Verlagerung von Produktion in andere Teile der Welt zu verhindern. Besonders effiziente Anlagen sollen bevorzugt werden. So haben wir dafür gesorgt, dass Stahlanlagen entlastet werden, wenn sie Gase aus der Stahlproduktion zur Stromerzeugung wiederverwerten.

KLIMAGASE DRASTISCH REDUZIEREN

Um in der gesamten EU die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, müssen wir in allen Bereichen große Anstrengungen unternehmen. Ein Erfolg sozialdemokratischer Politik zwischen 2014 bis 2019 sind neue Grenzwerte für den Ausstoß von CO₂ bei Autos. Bei neuen Fahrzeugen müssen die Emissionen bis 2030 im Vergleich zu

2021 um mindestens 37,5 Prozent gesenkt werden. Mit diesen Vorgaben kann sich die Industrie auf eine Zukunft mit weniger Verbrennungsmotoren und mehr Elektro- sowie Hybridmobilität einstellen.

Die Land- und Forstnutzung ist neben dem Verkehrssektor eine große Quelle für den Ausstoß von Klimagasen. Dabei sind Wälder, Grünflächen und Feuchtgebiete in besondere Weise wichtig für die Aufnahme von CO₂ und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz. Im Europäischen Parlament



konnten wir erreichen, dass die Umwidmung dieser Flächen begrenzt wird. Der Ausstoß von Klimagasen durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung darf in 2030 nicht höher sein, als durch Wälder und andere Flächen aufgenommen werden. Anreize für Aufforstungen sollen gegeben werden. Auch in der Landwirtschaft müssen Klima- und Umweltschutz an oberster Stelle stehen. Die europäische Agrarpolitik muss aktive Beiträge von Landwirtinnen und Landwirten dazu einfordern und entlohnen. Das aktuelle EU-Fördermodell nach Flächenbesitz lehnen wir ab. Konservative und Liberale blockieren bisher allerdings eine Reform, die Subventionen für Großbetriebe und industrielle Tierhaltung an Nachhaltigkeitsziele gebunden hätte. Wir fordern eine Wende hin zu einer nachhaltigen Agrarpolitik.



EHRGEIZIGE ZIELE FÜR EUROPA

Das Pariser Abkommen fordert von allen Ländern, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels bis 2030 ausgesprochen. Mit dem Weltklimavertrag hat sich die EU außerdem verpflichtet, spätestens im Jahr 2020 eine langfristige Strategie zur Minderung von Treibhausgasen bis 2050 vorzulegen. Die EU-Kommission hat Ende 2018 einen ersten Entwurf veröffentlicht. Wie von uns gefordert, schlägt die Kommission darin vor, dass Europa bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral wird. Das heißt, dass spätestens in 2050 in der EU nicht mehr Emissionen ausgestoßen werden, als durch Wälder und andere Kohlenstoffsenken aufgenommen werden. Der 2050-Plan wird im Jahr 2019 diskutiert, bevor er final an die UN übermittelt wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, dass in den Plan auch Strategien

aufgenommen werden, wie der Strukturwandel sozialgerecht gestaltet werden kann und dort aktiv wirtschafts- und industriepolitische Prioritäten gesetzt werden.

ERNEUERBARE ENERGIEN: DIE ZUKUNFT EUROPAS GEMEINSAM GESTALTEN

Mit der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie legt die EU verbindliche Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien fest. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellten den zuständigen Abgeordneten im Parlament und konnte sich gegen Widerstände in den konservativen Fraktionen und im Rat damit durchsetzen, das Ausbau-Ziel deutlich anzuheben. So sollen 32 Prozent statt ursprünglich 27 Prozent der europaweit verbrauchten Energie in 2030 aus erneuerbaren Quellen stammen. Dies betrifft den Stromsektor, aber auch den Wärme- und Verkehrssektor. Ein besonderer Erfolg der SPD ist, dass die Förderung von Palmöl als Biokraftstoff auslaufen soll. Von den konventionellen soll auf moderne Biokraftstoffe sowie auf Elektromobilität umgesteuert werden.



So wird der Anteil erneuerbarer Energien in Europa erhöht, ohne dass es dafür zu Abholzungen von Regenwäldern in Südostasien kommt. Damit nimmt die SPD die klimapolitische Verantwortung Europas auch in anderen Teilen der Welt wahr. Ein weiterer Erfolg ist die Stärkung der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende, zum Beispiel durch die Teilnahme an Bürger-Energiegenossenschaften.

WOHNEN UND ENERGIE SPAREN - BESSERE EFFIZIENZ UND FAIRE MIETEN

Dank der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Europäischen Parlament, die auch hier den zuständigen Abgeordneten stellten, hat sich die EU zu höheren Energieeinsparungen verpflichtet: Bis zum Jahr 2030 sollen in der EU 32,5 Prozent des Energieverbrauchs einge-

spart werden. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich dazu, jährlich mindestens 0,8 Prozent weniger Energie zu verbrauchen. Ein großer Erfolg der Sozialdemokratie ist hierbei, dass die Richtlinie erstmals bindende Vorgaben zur Bekämpfung von Energiearmut ins Unionsrecht schreibt. Außerdem hat die EU in der sogenannten Gebäudeeffizienz-Richtlinie klare Regeln für energieeffiziente Gebäuderenovierungen aufgestellt. Hierbei haben wir erreichen können, dass die neuen Vorgaben zur Gebäudesanierung keine Auswirkungen auf Miet- und Wohnpreise haben, indem sie nur bei Neubauten und ohnehin fälligen Renovierungen gelten. Somit bleibt Wohnraum auch weiterhin bezahlbar. Indem die Europäische Union unter bestimmten Bedingungen Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Nichtwohngebäuden vorschreibt, wird zudem ein Anreiz geschaffen, Elektromobilität auszubauen.

DAS BLEIBT ZU TUN:

In den Jahren 2014 bis 2019 haben wir SPD-Europaabgeordnete viel für den Klimaschutz und die Förderung von alternativen Energiequellen erreicht. Allerdings haben wir noch viel vor: Wir wollen auf europäischer Ebene den Klimaschutz nicht nur im Energiebereich, sondern auch in Gebäuden, im Verkehrssektor, der Industrie und der Landwirtschaft voranbringen. Dazu braucht es neben ehrgeizigen europäischen Zielen auch eine erfolgreiche Umsetzung im Alltag. Nötig sind Vorgaben für effiziente Geräte und Gebäudetechnik, Anreize für energiesparendes Bauen, die Weiterführung des Energielabels, Fördermaßnahmen für Heizen mit erneuerbaren Energiequellen, Forschungs- und Investitionsnetzwerke für weniger Emissionen aus Straßen-, Flug- und Schiffsverkehr sowie eine nachhaltige Flächen- und Waldbewirtschaftung. In den kommenden Jahren wollen wir die wirtschaftliche Entwicklung in der EU noch stärker an ökologischen und sozialen Zielen ausrichten. Die EU-Ausgaben- und Investitionspolitik soll Klima- und Umweltschutz zukünftig besser im Blick haben. Wir wollen eine arbeitnehmerfreundliche Klimapolitik, die ambitionierte Ziele verfolgt und gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre betriebliche Vertretung aktiv einbindet. Neben politischen Strategien und Initiativen für einen fairen Strukturwandel wollen wir einen Fonds einrichten, um betroffene Menschen beim Übergang zu einem neuen Wirtschaftsmodell mitzunehmen und soziale Härten zu vermeiden.

Die Klimakonferenz im polnischen Kattowitz im Dezember 2018 hat gezeigt, dass die Weltgemeinschaft trotz aller Unstimmigkeiten bereit ist, sich einem gemeinsamen Regelwerk zu verpflichten. Es soll überprüfen, ob und wie die Pariser Klimaziele eingehalten werden. Spätestens im Jahr 2020 müssen alle Vertragsparteien die eigenen Beiträge verbessern und eine langfristige Klimastrategie einreichen. Dann muss die EU beweisen, dass sie immer noch Vorreiter im Klimaschutz ist, indem sie noch stärker zur Minderung von Klimagasen beiträgt und eine umfangreiche und klare Klimastrategie vorlegt. Wir wollen, dass Europa auch in Zukunft weltweit als Garant für den ehrgeizigen Kampf gegen den Klimawandel steht, durch die Unterstützung von Entwicklungsländern und Inselstaaten Verantwortung übernimmt und sich für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen und bilateralen Partnerschaften einsetzt.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Mai 2019

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)